

## **Hubert Bernnat – Haushaltsrede SPD-Fraktion Gemeinderat Lörrach, 19.12.2019**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Gäste,

es ist nicht immer nur erfreulich, wenn ein Haushalt mit Rekordzahlen aufzuwarten hat, so wie wir das für das Jahr 2020 zu bilanzieren haben. Denn den knapp 135 Millionen Euro an Erträgen im Ergebnishaushalt stehen Aufwendungen von fast 136 Millionen Euro gegenüber, was ein Minus von gut 1,1 Millionen Euro bedeutet. Zwar schließen wir den Finanzhaushalt mit einem Überschuss von 5,2 Millionen Euro ab, aber seit der Umstellung auf die doppische Haushaltsführung im Jahr 2012 müssen auch die Abschreibungen erwirtschaftet werden. Das heißt, die Anforderungen an einen ausgeglichenen Haushalt sind deutlich schwerer zu erfüllen als zuvor. Dennoch ist diese Haushaltsführung ehrlicher, da sie den Wertverlust bei Anlagen und Gebäuden in Rechnung stellt. Und mindestens dieser Betrag von 7,4 Millionen Euro an Abschreibungen müsste aus den laufenden Erträgen für neue Investitionen oder Sanierungen im Bestand bereitgestellt werden. Dieses Ziel verfehlen wir trotz sprudelnder Rekordeinnahmen aber um eben diese 1,1 Millionen Euro.

Schauen wir auf die Einnahmenseite, so ist festzustellen, dass wir stark von der Steuerkraft der guten Einkommen vieler unserer Bürgerinnen und Bürger leben. Unser Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen und macht ein gutes Viertel unseres Haushalts aus, gestiegen ist auch der Anteil an der Umsatzsteuer, die ja ebenfalls ein Indiz für die Wirtschaftskraft der Bevölkerung ist. Beide bundeseinheitlich geregelten Steueranteile generieren rund 30% unserer Einnahmen. Der Verteilungsmodus und damit die Höhe des Anteils dieser Steuern für die Kommunen entzieht sich unserem Einfluss. Auf der Einnahmenseite stehen zudem Transferleistungen und Zuschüsse, die wir von Bund und Land erhalten. Sie machen ebenfalls rund 30% unserer Einnahmen aus, es sind Zahlungen vor allem für den Betrieb von Kindergärten und Schulen und die Unterbringung von Flüchtlingen. Auch auf deren Höhe haben wir keinen Einfluss.

25% unserer Einnahmen stammen aus den kommunalen Steuern wie Grund-, Gewerbe-, Hunde- und Vergnügungssteuer. Der größte, allerdings stagnierende Brocken, darunter ist die Gewerbesteuer, mit einem Anteil von gut 60% an den kommunalen Steuern. Auf deren Höhe haben wir einen Einfluss. Grund- und Vergnügungssteuer sind in den letzten Jahren erhöht worden, bei der Hundesteuer ist es etwas länger her, doch deren Höhe beeinflusst nur in geringem Maße unseren Haushalt. Blicke eine Erhöhung der Gewerbesteuer, die zurzeit bei einem Hebesatz von 360 liegt. Das heißt, wir verlangen das 3,6fache der einheitlich festgelegten Gewerbesteuermesszahl auf Gewinne von 3,5%. Damit liegen wir genau im Schnitt der Gemeinden in Deutschland mit einem Hebesatz von 361 Punkten. In Baden-Württemberg liegt der Schnitt bei einem Hebesatz von 351 Punkten. Doch für uns ist vor allem der Blick in die direkte Umgebung wichtig: Binzen 330, Steinen 350, Schopfheim,

Rheinfeld, Grenzach-Wyhlen jeweils 360 und Weil 380. Wenn die Höhe der Gewerbesteuer mit ein Faktor für die Standortentscheidung von Betrieben ist, dann sollten wir mit einer möglichen Erhöhung äußerst vorsichtig umgehen. Dies hat zwei zwingende Gründe. Zum einen müssen wir in Lörrach versuchen, Gewerbebetriebe und Gewerbeflächen zu erhalten. Was, trotz der guten Arbeit der Wirtschaftsförderung unter Frau Ziegler-Jung, keine leichte Aufgabe ist, nachdem mit der Lauffenmühle und der Textilveredelung Wiese zwei Betriebe geschlossen haben, die KBC nur noch als Restbetrieb existiert und damit die früher dominierende Textilindustrie nun nur noch ein Nebendasein fristet. Insofern machen wir uns stark für die Entwicklung des Gewerbegebiets Brombach-Ost, für den Erhalt des Lauffenmühle-Areals als Gewerbefläche und begrüßen ausdrücklich, dass sich mit der PharmaKorell GmbH und dem Pharmavertrieb Heinze GmbH zwei neue Unternehmen im Innocel-Quartier angesiedelt haben. Zum andern zeichnen sich konjunkturelle Einbrüche ab, die zwar von einem hohen Niveau gerade in unserer Region ausgehen, aber eben doch zu berücksichtigen sind. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer in Lörrach von jetzt 360 auf 380 Punkte würde der Stadt zwar Bruttomehreinnahmen von 1,3 Millionen Euro bringen, wovon allerdings durch den Finanzausgleich nicht einmal 1 Million Euro in der Stadtkasse blieben. Ob sich das allerdings unter den geschilderten Bedingungen nachhaltig rechnet, muss doch sehr in Frage gestellt werden. Für uns als SPD erscheint damit durch eine Erhöhung der Kommunalsteuern keine dauerhafte Verbesserung unserer Einnahmenseite möglich. Lediglich bei der Hunde- und Vergnügungssteuer muss immer wieder über Anpassungen nachgedacht werden. Bleiben noch Gebühren und Entgelte für städtische Leistungen, Eintrittsgelder für die Nutzung öffentlicher Einrichtungen. Das sind immerhin 7 Millionen Euro. Hier ist ebenfalls immer wieder zu überprüfen, welche Summen für welche Leistungen verlangt werden. Doch auch hier werden wir insgesamt nur partielle Erfolge erzielen können, denn Schwimmbad, Bibliothek, Kulturbetrieb und das Museum, um Beispiele zu nennen, werden immer Zuschussbetriebe bleiben. Und auch ein „gutes“ Programm im Burghof macht Defizite, wobei man natürlich trefflich darüber streiten kann, was denn ein „gutes“ Programm ist.

Die Einnahmenseite ist das eine, die Ausgabenseite das andere. Auf der Einnahmenseite sehen wir unter den gegebenen Umständen keine großen Spielräume. Wer schon länger im Gemeinderat ist oder die Gemeindepolitik verfolgt, der hat in den letzten 20 Jahren zwei große Diskussionsrunden mit dem Versuch der Haushaltskonsolidierung erlebt, unter Frau Heuthe-Blum im Jahr 2000 und 2016 unter Jörg Lutz. Beide Runden waren dennoch notwendig und haben sicherlich auch zu konkreten, wichtigen Ergebnissen geführt. Doch beide Runden haben und konnten vielleicht auch nicht zu dem Ergebnis führen, dass wir heute entspannter in die Haushaltsdiskussion gehen können. Vor allem hat sich gezeigt, dass kleinteilige Ausgabenkritik wie der Verzicht auf Todesanzeigen für städtische Mitarbeiter oder Weihnachtsbäume mehr Ärger verursacht, als dass er den Haushalt tatsächlich entlastet. Eine Stadt muss darüber hinaus auch in schwierigen Zeiten eine soziale Stadt und in ihrem Handeln verantwortungsvolle Stadt bleiben, wie es im Leitbild geschrieben steht: „Lörrach fördert als inklusive Stadt die gerechte Teilhabe aller in Lörrach lebenden Menschen.“

Eine kritische Hinterfragung der durch den Gemeinderat beeinflussbaren Ausgaben ist sicherlich notwendig und sie muss im nächsten Jahr beginnend mit der Klausurtagung des Gemeinderats auch geführt werden. Darum werden wir hier jetzt zu etwaigen Sparpotentialen auch keine detaillierten Aussagen machen.

Doch möchte ich hier für die SPD auch deutlich sagen, dass Sparen kein Selbstzweck sein kann, dass Sparen nachhaltig sein muss. Zudem hat sich in der Vergangenheit auch gezeigt, dass wenn sich der Staat, hier vertreten durch die Kommune, aus Aufgaben zurückzieht, dieses Vakuum nicht immer zu besseren Lösungen führt. Und gerade bei den freiwilligen Leistungen treffen wir im Bereich von Beratungsstellen und Vereinen den Nerv einer sozial handelnden und bürgerschaftlich zugewandten Stadt, die wir in unserem Leitbild auch fordern. Um hier unserer Verantwortung nachzukommen werden wir den Zuschussanträgen einschließlich dem Kompromiss für die Narrengilde zustimmen, lediglich beim Ausbau des Schießstandes für die Schützengesellschaft werden wir nicht einheitlich abstimmen. Dem Verlustausgleich für den Burghof werden wir zustimmen. Wir betrachten Burghof und Stimmenfestival als Markenzeichen für die Stadt und wollen am Betrieb eines Intendanten geführten Hauses festhalten. Wichtig ist hierbei aber Transparenz, insofern begrüßen wir die Debatte, die im Frühjahr über die Ausrichtung des Hauses geführt werden soll. Unsere Aussagen sind insgesamt keine Aufforderung zum einfachen „Weiter so“, aber ein Anhaltspunkt dafür, dass es für eine Spar- und Konsolidierungsdiskussion keine einfachen Antworten geben wird.

Sparen können wir nicht bei der Unterhaltung unserer Gebäude und Anlagen und wir werden auch weiter schauen müssen, wie wir Geld für Investitionen erwirtschaften können. Denn die vor uns liegenden Aufgaben im investiven Bereich sind gewaltig. Natürlich kann man auch auf die Ausgaben für das Personal schauen. Doch hier muss auch klar sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt nicht in erster Linie ein Kostenfaktor sind, sondern das Kapital, das wir brauchen, um eine qualitativ gute Arbeit abzuliefern. Dazu gehört ausreichendes Personal und dazu gehört auch eine gute Bezahlung. Sonst konkurrieren wir vergeblich gegen die nahe Schweiz und die freie Wirtschaft. Der teilweise großen Fluktuation im Personalbestand, auch im Führungsbereich, kann nur durch attraktive Arbeitsbedingungen und Arbeitsatmosphäre entgegengewirkt werden. Dazu muss auch der Gemeinderat seinen Teil beitragen. Zuletzt war die Verwaltung in einigen Fachbereichen deutlich unterbesetzt und damit nicht immer so leistungsfähig wie erforderlich. Alle zusätzlich von der Stadt beantragten Stellen werden von uns mitgetragen und die drei aus dem Gemeinderat beantragten Stellen sind notwendig, um unsere nachhaltigen Aufgaben im Bereich Klimaschutz, Verkehrswende und Kostencontrolling zu erfüllen. Ob die Digitalisierung in der Verwaltung mittelfristig Einsparungen bringt, wird sich zeigen. Zu allererst wird man dafür auch investieren müssen. Unbedingt notwendig ist aber auf jeden Fall das Projekt „Verwaltung 2030“, wodurch die Struktur der Verwaltung samt ihrer Aufgaben und Abläufe überprüft und notfalls auch korrigiert wird. Das hängt auch damit zusammen, dass einzelne Projekte immer komplexer werden und ein gutes Management über die Fachbereiche hinweg verlangen. Und dadurch könnten tatsächlich Kosten bei Bauprojekten eingespart werden.

Unbestritten ist, dass auf die Kommunen in den letzten 20 Jahren neue Aufgaben dazugekommen sind: Kinderbetreuung und Betreuung in den Schulen sind nun auch in Baden-Württemberg zu einer gesellschaftlichen Aufgabe geworden. Allerdings werden diese Aufgaben nicht vollständig durch Transferleistungen des Landes und des Bundes ausgeglichen. Die Kommunen, die diese Aufgaben an der Basis und im direkten Kontakt mit den Betroffenen übernehmen müssen, haben hier erhebliche Haushaltsmittel übernehmen müssen. Auch die Schulsozialarbeit wird nur teilweise vom Land finanziert, dennoch unterstützen wir die Erhöhung der Schulsozialarbeit am Campus Rosenfels um eine halbe Stelle. Das gleiche gilt für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen. Auch dieser Aufgabe haben wir uns gestellt und Geld dafür in die Hand genommen. Jetzt geht es darum, dass die Menschen mit gesichertem Aufenthaltsstatus hier auch in der Gesellschaft ankommen: durch privaten Wohnraum, Ausbildung und Arbeit.

Etwa 60% aller öffentlichen Investitionen werden durch die Kommunen verantwortet, sie sind damit auch für die Wirtschaft ein entscheidender Faktor. Doch um die notwendigen Investitionen in Unterhalt, Sanierung, Erweiterung und Neubau auch tätigen zu können, muss die Finanzkraft der Kommunen deutlich gestärkt werden. Die vorhin angesprochenen zusätzlichen Aufgaben, die die Kommunen übernehmen müssen, wofür Bund und Länder gesetzliche Vorgaben geschaffen haben, ohne für den finanziellen Ausgleich zu sorgen, binden einen Teil der Haushaltsmittel, die im investiven Bereich notwendig wären. Doch auch im investiven Bereich haben sich die Aufgaben vergrößert. Ein besonders prägnantes Beispiel dafür sind die Schulen. Schulen sind seit der Bildungsreform von 2004 vermehrt zu Ganztagschulen der offenen oder verbindlichen Form, zu Schulen mit Betreuungsangeboten oder wie die Gymnasien mit G8 zu Schulen mit ganztägigem Betrieb geworden. Das verändert den Schulalltag in Baden-Württemberg in einer Art und Weise wie nie zuvor. Doch eben genau dafür haben die verschiedenen Landesregierungen mit roter, schwarzer und grüner Couleur nie die notwendigen finanziellen Konsequenzen gezogen. Nimmt man die Fridolinschule, so geht es eben nicht nur um eine dringend notwendige Sanierung eines alten Gebäudes, wie oberflächlich in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist. Sondern es geht darum, die größte Lörracher Grundschule für die Aufgabe einer Ganztagschule mit eigenem Profil auszubauen und herzurichten. Und das ist eine ganz andere finanzielle Herausforderung als eben nur die Sanierung eines Gebäudes auf den bisherigen Zustand. Dazu kommen gestiegene Anforderungen an den Brandschutz, die alleine an den Schulen Millionen Euro erfordern, ohne dass sich dadurch die Lern- und Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrer geändert haben. Die Investitionen allein in die drei großen anstehenden Schulprojekte Hellbergschule, Fridolinschule und 3. Campus werden grob geschätzt 40 – 50 Millionen Euro verschlingen, die Rathaussanierung wird uns 50 – 60 Millionen Euro kosten, ein Neubau keineswegs billiger, und für den Bedarf der Feuerwehr werden einschließlich des Neubaus einer Brandwache Nord in den nächsten 10 Jahren 20 Millionen Euro veranschlagt. Dazu kommen weitere Investitionen in Kindergärten und -tagesstätten, in den Neubau des Werkhofs und in die Quartiers- und Stadtentwicklung. Die Sanierung der Bahnhofs- und Rathaustiefgarage finanziert sich über den Eigenbetrieb Stadtwerke und wird sich über die Einnahmen durch Parkgebühren refinanzieren. Bei der Preisentwicklung beim Bauen kann man nur hoffen, dass das Ende der Aufwärtsspirale erreicht ist.

Alleine die Investitionssummen für Schulen und Rathaus sind – und das muss man an dieser Stelle deutlich sagen – im Haushalt in den nächsten Jahren nicht mehr darstellbar. So viel können wir gar nicht sparen, um diese Summen zu erwirtschaften, auch wenn es wie für den Schulbau Landeszuschüsse gibt. Doch beim gerade laufenden Ausbau der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule belaufen sich diese auf gerade einmal 10% der tatsächlichen Kosten. Wenn es hier bei Bund und Land kein Umdenken bei den Investitionskosten für Bildung gibt, dann werden wir unsere schulischen Hausaufgaben, man beachte die Metapher, nicht erfüllen können. Beispielhaft war 2010 – 2012 die Kernsanierung der Theodor-Heuss-Realschule, die damals mit erheblichen Mitteln des Bundes für energetische Sanierungen von Schulen verwirklicht wurde. Sonst hätte die Stadt sich diesen Umbau, der auch baulich neue pädagogische Qualität geschaffen hat, nicht leisten können. Darüber nachzudenken ist auch, ob die schwarze Null tatsächlich eine so heilige Kuh sein muss oder ob es nicht Sinn macht, bestimmte Bauprojekte über Kredite zu finanzieren. Dafür müssten aber die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vom Gesetzgeber geschaffen werden.

Für 2020 fließen die meisten Investitionsmittel in schon länger beschlossene Projekte wie die Halle Brombach, die Rosenfelshalle, die Albert-Schweitzer-Schule und die Kita-Haagen und in den Neubau des Waldorf Kindergartens und des Museumsdepots. Auch die Bereitstellung des Geländes für das Zentralklinikum und der dafür notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur verursacht Kosten, alle Projekte sind allerdings dringend nötig und werden von uns unterstützt.

Dazu sind uns als SPD aber folgende Punkte wichtig:

1. Der Wohnungsbau muss vorangetrieben werden, ein Wohnungsbau, der dem ebenfalls im Leitbild formulierten Ziel folgt: „Lörrach schafft bezahlbaren Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen. Dabei entstehen vielfältige Wohnformen, die das Miteinander der Kulturen und Generationen stärken.“ Wir müssen verhindern, dass Wohnen zum Luxus wird und wir müssen bezahlbaren Wohnraum für die Menschen bereitstellen, die wir dringend brauchen: die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im neuen Zentralklinikum, die vielen Pflegekräfte, Polizeibeamte, Verwaltungsmitarbeiter und Angestellte im Einzelhandel. Das Conrad-Areal ist auf den Weg gebracht, ebenso das Baugebiet Soormatt in Hauingen. Neben kleineren Projekten müssen aber vor allem die großen Baugebiete wie Bühl III, Neumatt-Brunnwasser und die Salzert-Erweiterung vorgebracht werden. Überall ist es notwendig, mit den Anwohnern Fragen wie Verkehrslenkung und Umwelt- und Lärmschutz frühzeitig zu besprechen. Zudem muss ökologisches Bauen mit sozial verträglichen Mieten in Einklang gebracht werden. Der Dschungel an Vorschriften muss sinnvoll entschlackt werden.
2. Der Gemeinderat muss im Frühjahr eine Grundsatzentscheidung treffen, welches der drei großen oben schon angesprochenen Schulprojekte als nächstes angegangen wird: Fridolinschule, Hellbergschule oder 3. Gymnasium. Denn neben der Fertigstellung der Albert-Schweitzer-Gemeinschaftsschule ist nur ein weiteres großes Schulbauprojekt finanziell und personell zu stemmen. Für die beiden Schulen, die

nicht zum Zuge kommen, muss ein Zeithorizont aufgezeigt und müssen Zwischenlösungen gefunden werden.

3. Die Ausrufung des Klimanotstands bleibt eine symbolische Handlung, wenn nun nicht weitere konkrete Maßnahmen folgen. Die Schaffung einer Stelle für einen Klimamanager ist ein erster Schritt, um Maßnahmen besser koordinieren zu können, genauso wie die Stelle eines Mobilitätsmanagers. Für uns sind Verstärkungen des Radverkehrs und größere Nutzung des ÖPNV wichtige Schritte für den Klimaschutz. Insofern ist das von der SPD beantragte 1-Euro-Ticket, dem weitere Gemeinden und der Landkreis folgen wollen, ein voller Erfolg, von dessen großer Nachfrage wir selbst überrascht sind. Natürlich müssen wir dafür nun in die Tasche greifen. Aber klar ist doch, dass sich der Druck auf den RVL erhöhen muss, dieses Ticket zu anderen Konditionen mit der Stadt auszuhandeln. Zudem werden durch einen vermehrten Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr sonstige Infrastrukturkosten wie die teure Schaffung von Parkplätzen gespart. Wir wollen auch eine Ausweitung der Tempo-30-Zonen und dafür auch die Straße auf den Tüllinger und den Ortskern von Tumringen einbezogen wissen. Generell sind geschlossene Tempo-30-Zonen auch für den Autofahrer transparenter als der zurzeit vorhandene Flickenteppich. Insgesamt wollen wir beim Klimaschutz auch darauf achten, dass die dafür anfallenden Kosten, worüber man keine Illusionen haben darf, sozial gerecht verteilt werden. Sonst werden wir keine allgemeine Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen finden und Populisten in die Hände arbeiten.
4. Der Erweiterung der Fußgängerzone auf die nördliche Baslerstraße und der bald folgenden Ausweitung auf die Turmstraße vom Hebelpark bis zum Lö müssen klare Konzepte folgen, wie der Autoverkehr außen vor bleibt. Unsere Meinung nach helfen nur Poller. Dafür muss die Nutzung durch Busse, der Zufahrten zu Tiefgaragen und der Zufahrtsberechtigung für Anwohner geregelt werden.
5. Die Erarbeitung eines Quartiers- und Stadtentwicklungskonzepts muss auf den Weg gebracht werden. Allerdings bedarf es dafür einer guten Vorberatung und Beauftragung, die Entscheidung dafür kann nicht übers Knie gebrochen werden.

Die SPD-Fraktion wird diesem Haushalt zustimmen, wohl wissend, dass es kein einfacher Haushalt ist. Zu danken ist hier Herrn Kleinmagd und Frau Conti und den weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereichs. Wir wissen auch, dass die Haushaltslage in den nächsten Jahren nicht besser werden wird, die Aufgaben aber nicht kleiner.

**Wir werden diese Aufgabenstellung sozial, pragmatisch und druckvoll, also SPD, angehen.**

Aber wir sind auch überall, wo es möglich ist, zum Konsens bereit.

Vielen Dank